

Den Kulturwandel groß denken

Anstöße für eine neue Kulturpolitik in NRW

CATALINA ROJAS HAUSER

Die Notwendigkeit strukturellen Wandels in der Kulturpolitik stand im Zentrum der zweiten digitalen Tagung 2021 zur Zukunft der Kultur in Nordrhein-Westfalen. Dazu hatte der Kulturrat NRW gemeinsam mit dem Städtetag NRW und den beiden Kultursekretariaten des Landes am 1. Dezember des vergangenen Jahres eingeladen. Das Besondere an der Arbeitsweise in Vorbereitung der Tagung war die inhaltliche Einbindung der Kulturverbände unter dem Dach des Kulturrates NRW sowie die basisnahe Gestaltung des gesamten Prozesses, der in der Formulierung konkreter Handlungsempfehlungen an die Landespolitik mündete. Im Nachgang der ersten Konferenz im Mai 2021 hatten sich zu allen behandelten Themenfeldern offene Arbeitsgruppen gebildet. Daran beteiligten sich Vertreter aus Kultureinrichtungen, Kulturverwaltung sowie Akteure aus der Freien Szene über alle Sparten hinweg. So konnte viel praxisnahes und praxisbewährtes Fachwissen in die Forderungskataloge einfließen. Die auf diese Weise im Laufe des Jahres erarbeiteten Empfehlungen wurden dann in der Monitoring-Konferenz den rund 200 Teilnehmenden präsentiert. Die drängendsten Forderungen, die aus den beiden Konferenzen resultieren, betreffen:

1. Das Kulturleben der Urbanität und die ländlichen Räume,
2. die Begleitung der Kulturorganisationen zur Zukunftsfähigkeit,
3. die Rahmenbedingungen für Kreative und Kulturschaffende der Freien Szene,
4. die digitale Transformation von Kunst und Kultur sowie
5. die Diversität von Kultureinrichtungen und Strukturen der Freien Szene.

Kern aller Forderungen ist die Erkenntnis, dass auch die Kulturpolitik sich den unausweichlichen Veränderungen stellen und anwendungsorientiert reformiert werden muss. Ideen und Expertise, diesen Prozess mit Leben zu füllen, sind reichlich vorhanden. Die Konferenzen könnten in diesem Sinne den Auftakt zu einem sinnvoll gestalteten kulturpolitischen Wandel bilden. Doch die Transformation erfordert Unterstützung. Mit Geldmitteln, natürlich, aber auch durch die Entwicklung und Schaffung klug konzipierter neuer Strukturen. Konsens war, dass die Unterstützung durch eine stärker strukturell orientierte Landesförderung und auch durch Kompetenzvermittlung und Transfermanagement erfolgen soll. Anknüpfend an bestehende Strukturen sollten für die Bewältigung dieser neuen Aufgaben weitere Netzwerke und Kooperationen als dezentrale Qualifizierungs- und Kompetenzzentren entstehen. Für die Finanzierung all der Maßnahmen muss der NRW-Kulturhaushalt weiter ausgebaut werden. Konkret sollte der Kulturretat in der nächsten Legislaturperiode bis 2027 von 300 auf 600 Millionen Euro jährlich gesteigert werden. Quer durch alle angeregten Reformprozesse zeigt sich, dass es die Erfordernisse der Nachhaltigkeit, der Diversität und der Digitalisierung umzusetzen gilt. Allein dafür sind für die Kulturförderung jährlich zusätzlich mindestens 60 Millionen Euro notwendig. Da trifft es sich gut, dass gerade jetzt das Kulturgesetzbuch für NRW in Kraft tritt, das dafür eine geeignete Grundlage bietet. Es muss daher beim Wort ge-

nommen werden und auch im Hinblick auf die anstehenden strukturellen Veränderungen regelmäßig wieder auf den Tisch kommen. Ein Schlüssel für die Handlungsfähigkeit der Kultur ist auch die Finanzierung der Kommunen. Denn diese verantworten in NRW über 80 Prozent des öffentlich getragenen Kulturgeschehens. Ein weiteres elementares Thema, das dringend, allerdings bundesweit, angegangen werden muss, ist die soziale wie wirtschaftliche Absicherung der soloselbständigen Künstler. NRW-Kulturministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen hat mit Übernahme des Vorsitzes der Kulturministerkonferenz zum Januar bereits publik gemacht, sich insbesondere dieser Problematik annehmen zu wollen.

Nach Bündelung der Thesen und Vorschläge im Zuge der Monitoring-Tagung bestand das Ergebnis aus 50 Handlungsempfehlungen. Sie reichen zunächst von dem Ruf nach Investitionen der Landespolitik in längerfristige Prozesse über die Stärkung von Strukturen auf dem Land durch den Ausbau von Netzwerknodenpunkten bis hin zur Vereinfachung von Förderverfahren für bürgerschaftlich Engagierte. Um die Kulturorganisationen selbst zukunftsfähig zu machen, bedarf es Kompetenzentwicklungsprogramme für Führungskräfte. Weitere Forderungen umfassen die Fortführung der Stipendienprogramme aus der Coronakrise zu einer systematischen Graduiertenförderung, die Stärkung des Urheberrechts und grundsätzlich die auskömmliche Entlohnung künstlerischer Arbeit. Im Bereich des Querschnittsthemas Digitalisierung ist der Bedarf an spezifischen Förderprogrammen groß. Ein wichtiges Stichwort ist hier auch der Wissenstransfer zur digitalen Transformation zwischen Gemeinden und Städten wie zwischen Institutionen und Hochschulen. Im Raum steht auch der Vorschlag, die Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen solle alle zwei Jahre eine internationale Konferenz zu Kunst und Kultur in der zunehmend digitaler geprägten Gesellschaft ausrichten. Mit Blick auf die gesellschaftlichen Umbrüche und der damit zusammenhängenden Relevanz der Kultur für eine stabile Demokratie, wie der Vorsitzende des Kulturrates NRW, Gerhart Baum, unterstrich, erfuhr auf beiden Tagungen auch das Thema Diversität eine große Resonanz. Konkret vorgeschlagen wurde die Bildung einer Netzwerk- bzw. Förderstelle Diversität NRW. Ziel dieser Stelle solle es sein, eine Kulturentwicklung auszugestalten, die der diversen Zusammensetzung der Gesellschaft entspricht. Dabei wirkt es fast schon gebetsmühlenartig, wenn als ein Ergebnis in diesem Themenfeld festgehalten wird, dass die Vielfalt der Gesellschaft sich in Programm, Personal, Publikum und niederschweligen Zugängen zu allen Kultureinrichtungen und auch zu Organisationsformen der Freien Szene widerspiegeln müsse.

Angesichts dieses umfangreichen Forderungskatalogs und der unweigerlich bevorstehenden Veränderungen sind gute Kommunikation und eine funktionierende Vernetzung der Kulturakteure von besonderer Bedeutung. »Wir müssen eine intensive Lobbyarbeit machen«, so Gerhart Baum in seinem Schlusswort.

Catalina Rojas Hauser ist Geschäftsführerin des Kulturrates NRW

Mehr dazu unter: zukunft-kultur.nrw

»Woke«

Wovon wacht man auf?

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Es ist seltsam, wie wenig über den Sinn ausgerechnet derjenigen Wörter nachgedacht wird, die gerade in aller Munde sind, z. B. »woke«. Alle reden darüber. Manche sind sehr dafür, andere strikt dagegen. Aber was ist mit diesem Wort eigentlich bezeichnet, wo kommt es her? Ganz schlicht übersetzt, meint es »geweckt«. Setzt man ein »I« davor, heißt es: »Ich bin aufgewacht«. In unmittelbarer Nähe zu ihm befindet sich »awaken« oder

»Woke« wurde mit der »Black Lives Matter«-Bewegung zu einer weltweit gebräuchlichen Selbst- und Fremdbezeichnung. Wie das genau geschah, lässt sich nicht mehr nachvollziehen.



CLAUSSENS KULTURKANZEL

Es scheint einen Bezug zu Marcus Garvey, dem afroamerikanischen Bürgerrechtler und panafrikanischen

den dabei auf doppelte Weise erweckt: Sie wachten aus der »Nacht der Sünde« auf und wurden zu einem neuen Bewusstsein erweckt, der innigen Gemeinschaft mit Christus im Glauben. Das konnten sie nicht für sich behalten, daran mussten sie anderen Anteil geben. Nicht Pfarrer, sondern einfache Männer und Frauen, häufig sogar Kinder, schufen eine internationale Bewegung. Es waren kleine Kreise von Erleuchteten, aber sie entfalteten eine ungeheure Wirksamkeit, bewirkten religiöse Aufschwünge und soziale Aufbrüche. Die Abschaffung der Skla-



Mit der »Black Lives Matter«-Bewegung wurde »Woke« zu einer weltweit gebräuchlichen Selbst- und Fremdbezeichnung

das seltenere »awakened«, das allerdings schon in eine andere Richtung zielt: »aufgeweckt/erweckt«, »ich wurde aufgeweckt/erweckt«. Schon ist man bei einem der bedeutsamsten Begriffe der protestantischen Frömmigkeitsgeschichte, dem »awakening« – zu Deutsch der »Erweckung«. Im normalen englischen bzw. deutschen Sprachgebrauch tauchen beide Zentralbegriffe heute jedoch nicht mehr auf. Doch jetzt, mit der Konjunktur von »woke«, sollte sich das ändern. Denn auch wenn es keine direkten Abhängigkeiten gibt – Sprachgeschichte folgt nie einfachen Ursache-Wirkung-Ketten –, so lassen sich zwischen »woke« und »awakened« einige aufschlussreiche Verbindungen aufzeigen. Auch in der vermeintlich säkularen Gegenwart lohnt es sich, aktuelle Lieblingsbegriffe auf vergessene religiöse Hintergründe hin zu untersuchen.

Nationalisten, zu geben. Doch was ist damit gemeint? Wovon wacht man auf und was für ein Wachsein ist gemeint? Mir scheint, dass man dieses Wort nur versteht, wenn man seinen frömmigkeitsgeschichtlichen Hintergrund betrachtet: die großen nordamerikanischen »awakenings« des 18. und 19. Jahrhunderts. Diese »revivals« – man muss sie sich als religiöse Pandemien vorstellen –, hatten ihre Ursprünge im europäischen Untergrund- und Flüchtlingsprotestantismus. Jahrzehnte der ökumenischen Verständigung haben die brutalen Verfolgungen protestantischer Franzosen, Böhmen, Schlesier im 18. Jahrhundert durch alerkatholischste Obrigkeiten vergessen lassen. Aber damals war der Protestantismus eben zu großen Teilen eine unterdrückte Minderheitenkonfession auf der Flucht. Auf die äußere Gewalt reagierten einige mit religiöser Begeisterung. Menschen wur-

verei beispielsweise ist ihnen zu verdanken. Andererseits lösten sie mit ihrer penetranten Überzeugtheit und überkorrekten Lebensweise harte Konflikte aus. Das Establishment fühlte sich von ihnen angegriffen und bezichtigte sie des Sektierertums und der ideologischen Verbohrtheit. In vielen erscheinen die »Woken« von heute als säkulare Nachfolgerin der damals »Erweckten«. Bemerkenswert ist, dass ausgerechnet die eigentlichen Nachfolger der »awakenings«, nämlich die Evangelikalen in den USA, zum »war on woke« geblasen haben. Das sollte man als Indiz dafür nehmen, dass die »Woken« und die »Anti-Woken« miteinander enger verwandt sind, als sie selber meinen.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland